

ASIEN

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Artikel:

- Dagmar Bernstorff
India's 7th General Elections: The Forgiving Electorate
- Helmut Heinzlmeir
Indochina im Spannungsfeld der internationalen Politik
- Erwin Wickert
Wie lange wird der Konflikt zwischen Beijing und
Moskau dauern?
- Saburo Okita
The Future of Pacific Basin Cooperation

Aktuelle Chronik

Konferenzen, Kurse, Programme und Informationen

Rezensionen und Neuere Literatur

Appendix: Forschungserlaubnis für Thailand und Lehrveranstaltungen

DGA

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR ASIENKUNDE
GERMAN ASSOCIATION FOR ASIAN STUDIES

Vorstand / Board of Directors

Botschafter a.D. Günter Diehl, Remagen-Oberwinter (Vorsitzender); Dr. Werner Draguhn, Hamburg (Stellvertretender Vorsitzender); Dr. Dieter Heinzig, Köln (Stellvertretender Vorsitzender); Prof. Dr. Bernhard Dahm, Kiel (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied); VLR I Wolfgang Bente, Bonn; Dr. Dagmar Gräfin Bernstorff, Heidelberg; Dr. Dieter Braun, Ebenhausen/Isar; Dr. Fritz van Briesen, München; Prof. Dr. Wolfgang Franke, z. Z. in Malaysia; Dr. Joachim Glaubitz, München; Prof. Dr. Helmut Martin, Bochum; VLR I Berthold Freiherr von Pfetten-Arnbach, Bonn; Prof. Dr. Werner Röhl, Kassel; Dr. Oskar Weggel, Hamburg; Botschafter a.D. Dr. Erwin Wickert, Remagen-Oberwinter.

Wissenschaftliche Beiräte / Advisory Councils

Südasien / South Asia

Prof. Dr. Dietmar Rothermund, Heidelberg
(Sprecher / Chairman)

Prof. Dr. Bernd Kölver, Kiel
Dr. habil. Hermann Kulke, Heidelberg
Prof. Dr. Georg Pfeffer, Heidelberg
Dr. Hans Christoph Rieger, z.Z. Singapur
Prof. Dr. Heinrich von Stietencron, Tübingen
Prof. Dr. Johannes Voigt, Stuttgart
Prof. Dr. Albrecht Wezler, Hamburg

Südostasien / Southeast Asia

Prof. Dr. Hans-Dieter Evers, Bielefeld
(Sprecher / Chairman)
Prof. Dr. Ernst E. Boesch, Saarbrücken
Prof. Dr. Bernhard Dahm, Kiel
Dr. Helmut Heinzmeir, München
Prof. Dr. Wolfgang Marschall, Bern
Prof. Dr. Bernd Nothofer, Frankfurt
Prof. Dr. Werner Röhl, Kassel
Prof. Dr. Klaus E. Rohde, Bonn
Prof. Dr. Klaus Rosenberg, Hamburg
Prof. Dr. Harald Uhlig, Giessen

China

Dr. Brunhild Staiger, Hamburg
(Sprecher / Chairwoman)
Prof. Dr. Wolfgang Bauer, München
Prof. Dr. Jürgen Domes, Saarbrücken
Prof. Dr. Willy Kraus, Bochum
Prof. Dr. Wolfgang Lippert, Erlangen
Dr. Rüdiger Machetzki, Hamburg
Dr. Thomas Scharping, Köln
Prof. Dr. Helwig Schmidt-Glintzer, München
Prof. Dr. Hans Stumpfheldt, Hamburg

Japan / Korea

Prof. Dr. Paul Kevenhörster, Münster
(Sprecher / Chairman)
Prof. Dr. Dieter Eikemeier, Tübingen
Dr. Angelika Ernst, Tutzing
Prof. Dr. Bruno Lewin, Bochum
Dr. Fritz Opitz, Tübingen
Dr. Manfred Pohl, Hamburg
Prof. Dr. Roland Schneider, Tübingen
Prof. Dr. Udo Ernst Simonis, Berlin
Prof. Dr. Ulrich Teichler, Kassel

The goals of the German Association for Asian Studies, a non-profit organization, are as follows:

- to support scientific studies on contemporary Asian affairs and to inform a broader public about the area,
- to increase scholarly activities and the exchange of experience and knowledge relating to Asia,
- to promote cooperation among individuals and institutions interested in Asian affairs and working in the fields of politics, business, culture, and science, both on national and international levels.

ASIEN

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Nr. 1, Oktober 1981

Herausgegeben von der

DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR ASIENKUNDE E.V., HAMBURG

Redaktion

Prof. Dr. Bernhard Dahm

Matthias Naß, M.A.

Manfred Saller

DGA

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR ASIENKUNDE
GERMAN ASSOCIATION FOR ASIAN STUDIES

ASIEN erscheint vierteljährlich. Preis des Einzelheftes DM 12,50.
Jahresabonnement DM 50,- zuzüglich Porto und Versand.

ASIEN is published quarterly. Subscription DM 50,- per year
plus postage. Single copies DM 12,50 plus postage.

Anschrift der Redaktion / Editorial Office:

Rothenbaumchaussee 32
D-2000 Hamburg 13
Tel. (040) 44 58 91

Bankverbindung / All payments through your bankers to:

European Asian Bank AG
Kto. 01/00685
BLZ 200 709 98

© DGA Hamburg 1981

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Ihr Nachdruck - auch auszugsweise - darf nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erfolgen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Redaktionsschluß für die folgenden Nummern ist jeweils am: 15. März, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember.

Die Aktivitäten der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde und das Erscheinen dieser Zeitschrift sind durch Spenden gefördert worden, die wir hier dankbar verzeichnen:

Deutsche Bank AG
Heidelberger Druckmaschinen AG
Verein Deutscher Maschinenbau Anstalten e.V.
Baden-Württembergische Bank AG
Rudolph Karstadt AG

I N H A L T

GELEITWORT VON GONTER DIEHL	5
ARTIKEL	
Dagmar Bernstorff India's 7th General Elections: The Forgiving Electorate	7
Helmut Heinzlmeir Indochina im Spannungsfeld der internationalen Politik	31
Erwin Wickert Wie lange wird der Konflikt zwischen Beijing und Moskau dauern?	44
Saburo Okita The Future of Pacific Basin Cooperation	53
AKTUELLE CHRONIK	59
KONFERENZEN, KURSE, PROGRAMME UND INFORMATIONEN	
The German Association for Asian Studies	69
Scholarly Programme at the Königstein Meeting 1981	69
International Conference on Northsumatra in Hamburg	71
Chinesisch- und Japanisch-Intensivkurse 1982	71
Indonesisch-Intensivkurs an der Wolfgang Goethe-Universität	73
Research Symposium Southeast Asia by the Research Centre for Sociology of Development, University of Bielefeld	73
International China Symposium in the GDR	74
International Conference on Contemporary History of China in Taipei	76
Treaty on Cooperation between Beijing University and the Free University of Berlin in Teaching and Research	77
REZENSIONEN	
Ploetz-Verlag (Hrsg.): China (Brunhild Staiger)	78
Hans-Wilm Schütte: Marxistische Geschichtstheorie und neue chinesische Geschichtswissenschaft (Rolf Homann)	79
Christiansen/Posborg/Wedell-Wedellsborg: Die demokratische Bewegung in China (Matthias Naß)	81
NEUERE LITERATUR ÜBER ASIEN	83
APPENDIX I: Vorschriften zur Erlangung einer Forschungserlaubnis in Thailand	91
APPENDIX II: Asienwissenschaftliche Lehrveranstaltungen im WS 81/82	99
AUTOREN DIESER AUSGABE	131

INDOCHINA IM SPANNUNGSFELD DER INTERNATIONALEN POLITIK

Helmut Heinzmeir

"Indochina ist ein Land, das von der ganzen Welt vergessen zu sein scheint." (Ein annamitischer Delegierter auf dem 6. Komintern-Kongreß 1928 in Moskau)[1]. Die Zeit, da solches behauptet werden konnte, ist lange vorbei. Seit Jahrzehnten kommt Indochina nicht mehr aus den Schlagzeilen der Weltpresse heraus.

Nach dem I. Indochinakrieg (1946-1954) zog sich Frankreich, nach dem II. Indochinakrieg (1960/64-1975) zogen sich die USA aus der Region zurück. Die Roten Khmer unter Pol Pot proklamierten 1975 in Phnom Penh das Demokratische Kamputschea. Süd- und Nordvietnam wurden 1976 unter dem Namen Sozialistische Republik Vietnam vereinigt. Friede jedoch kehrte mit alledem in Indochina nicht ein. Am 25.12.1978 marschierten vietnamesische Truppen in Kambodscha ein, am 17.2.1979 - in einer befristeten Strafaktion - chinesische in Vietnam. Der III. Indochinakrieg war ausgebrochen. Wesentliche Ursache für diesen neuerlichen Krieg ist der vietnamesisch-chinesische Konflikt um die Vorherrschaft in Indochina[2].

Dieser Konflikt hat eine lange Vorgeschichte[3]. Rund 2000 Jahre lang war Nordvietnam - trotz vielfach erbitterten Widerstandes - unter direkter bzw. indirekter Herrschaft Chinas. Als die Kolonialmacht Frankreich - vor allem auch, um besseren Zugang zum südkinesischen Markt zu erlangen - gegen Ende des 19. Jahrhunderts Nordvietnam besetzte, war dies nur gegen zähen chinesischen Widerstand möglich. Frankreich war es auch, das erstmals in der jahrtausendelangen chinesisch-vietnamesischen Geschichte eine Grenze zwischen den beiden Ländern festlegte. China - das "Reich der Mitte" -, das sich als politisch-zivilisatorisches Zentrum der Welt verstand, kannte bis dahin keine Staatsgrenzen im herkömmlichen Sinne, sondern nur Einflusssphären. Dazu gehörte Vietnam.

Daran hat sich bis heute nichts Grundlegendes geändert. Dem widerspricht auch nicht der gemeinsame Kampf gegen die Kolonialmacht Frankreich und gegen das amerikanische Engagement in Indochina. Beijing ist gegen Großmächteinflüsse in dieser seiner Interessensphäre. Washington hat sein Engagement überdies viele Jahre ausdrücklich als antichinesische Containment-Politik definiert. Insofern war der gemeinsame Kampf gegen Frankreich und die USA zwangsläufig. Den tiefgreifenden vietnamesisch-chinesischen Gegensatz hat er jedoch nur zeitweilig überlagert. Schon vor 1975 war deutlich geworden, daß Beijing zwar an einem sozialistischen, aber balkanisierten Indochina gelegen war. Es läuft allen chinesischen Interessen zuwider, daß unmittelbar an seiner Südgrenze unter der Führung Hanois ein indochinesisches Großreich entsteht, das sich überdies noch seine Machtstellung von Moskau garantieren läßt[4].

Genau das aber droht heute. Vietnam - vergleichsweise hoch gerüstet und kampferprobt - ist mit schätzungsweise 54 Millionen Einwohnern - nach China und der Sowjetunion - der drittgrößte sozialistische Staat der Welt. Es unterhält - mit rd. 1,1 Millionen Mann - die viertgrößte Armee der Welt.

Der Versuch von Vientiane, nach 1975 einen Mittelkurs zwischen Hanoi und Beijing zu steuern, scheiterte[5]. Es sah sich im Sommer 1977 veranlaßt, mit Hanoi einen "Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" auf 25 Jahre abzuschließen. Heute stehen in Laos über 50.000 vietnamesische Soldaten. Das bevölkerungsschwache Binnenland - nichtsdestoweniger ein Vielvölkerstaat, der in der Geschichte kaum je zu einer staatlichen Einheit fand - droht zu einer vietnamesischen Provinz zu werden. Behauptet wird jedoch eine vergleichsweise starke strategische Präsenz der UdSSR (u.a. Horchposten gegenüber China) im Lande. Auch ist Vientiane die einzige indochinesische Hauptstadt, in der noch - wenn auch auf nachgeordneter Ebene - amerikanisches Botschaftspersonal tätig ist. In den letzten Jahren flohen schätzungsweise 300.000 Laoten - das ist ein Zehntel der Gesamtbevölkerung - nach Thailand.

Weitaus schwieriger gestaltete sich Vietnams Politik gegenüber Kambodscha[6].

Das Verhältnis beider Staaten ist - vergleichbar dem vietnamesisch-chinesischen - durch eine jahrhundertlange Feindschaft belastet. Bis in das 15. Jahrhundert hinein währte die große Zeit der kambodschanischen Geschichte. Die Khmer beherrschten zeitweilig fast das gesamte festländische Südostasien. Dann begann - von den Thais im Westen und den Vietnamesen im Osten bedrängt - ein jahrhundertlanger Abstieg des Khmer-Reiches. War Saigon noch zu Anfang des 18. Jahrhunderts nicht viel mehr als ein kambodschanisches Fischerdorf - noch heute lebt im vietnamesischen Mekong-Delta eine Khmer-Minderheit von rd. fünfhunderttausend Menschen -, so schien dem Khmer-Reich um die Mitte des 19. Jahrhunderts nur noch die Wahl offenzustehen, sich entweder Thailand oder Vietnam zu unterwerfen.

Schon einmal, um 1830, unterwarfen sich die Vietnamesen einen Großteil des heutigen Kambodschas[7]. Ihre Herrschaft war eine harsche Unterdrückungspolitik. Nur auf dem Hintergrund dieser historischen Erfahrungen ist das abgrundtiefe Mißtrauen der Khmer gegenüber allem Vietnamesischen zu verstehen. Sowohl 1970 - während des Machtantritts des antikommunistischen Generals Lon Nol - als auch 1975 - während der Machtübernahme durch die Roten Khmer - kam es zu Programmen an der vietnamesischen Minderheit in Kambodscha. 1970 zählte Kambodscha rd. 8 Millionen Einwohner, etwa eine halbe Million davon waren Vietnamesen.

Daß Kambodscha seine Eigenständigkeit bis in das 20. Jahrhundert hinüberzueretten vermochte, ist nicht zuletzt einem Protektoratsvertrag zu verdanken, den es 1863 mit der Kolonialmacht Frankreich abschloß. Doch auch noch während der Kolonialzeit verschärfte sich der kambodschanisch-vietnamesische Gegensatz. Die Franzosen holten viele Vietnamesen ins Land, als Siedler, Arbeiter, Handwerker und Händler, vor allem aber auch als Beamte in der unteren Verwaltung. Vielen einfachen Kambodschanern erschien zuerst der Vietnameser als Vertreter kolonialer Ausbeutung. Gleichzeitig schlugen die Franzosen weite Gebiete Kambodschas an das spätere Südvietsnam.

Khmer und Vietnamesen unterscheiden sich ethnisch, sprachlich und religiös deutlich voneinander. Mit Kambodscha und Vietnam stehen sich - mit dem indischen einerseits und dem chinesischen andererseits - zwei höchst unterschiedlich geprägte Kulturräume gegenüber. In Schrift, Sprache und Literatur steht das Khmer auf Sanskrit- und Pali-Grundlage, das

Vietnamesisch in chinesischer Tradition. Die Religion der Khmer ist der Hinayana-Buddhismus, Vietnam wurde in der Geschichte hauptsächlich von Konfuzianismus, Taoismus und Mahayana-Buddhismus geprägt.

Die Tatsache, daß Kambodscha und Vietnam zwei unterschiedlichen Kulturräumen zugehören, hat unmittelbare politische Bedeutung[8]. In Nordvietnam, einem Land, das dem chinesischen Kulturkreis zuzurechnen ist, standen dem Kommunismus allein insofern keine unüberwindlichen Kulturbarrrieren entgegen, als die Diesseits-Orientierung des Konfuzianismus Anknüpfungspunkte bot. In Nordvietnam hat der Kommunismus früh feste Wurzeln schlagen können. Dort hat überdies auch die Kolonialmacht - im Unterschied zum übrigen Indochina - praktisch vom ersten Tag an mit Widerstand zu rechnen gehabt.

Anders lagen die Verhältnisse in Kambodscha. Im buddhistischen Kambodscha waren die Kommunisten letztlich bis 1970 - bis zum Sturz Sihanouks - eine zu vernachlässigende Größe. Erst als sich - nicht zuletzt auch aus persönlicher Verbitterung - der gestürzte Sihanouk mit ihnen verbündete, fanden sie größeren Rückhalt in der Bevölkerung. Doch noch heute wird bestritten, daß ein, wie auch immer definierter, Sozialismus in Kambodscha viel Zustimmung findet. Daß das Pol-Pot-Regime seinerzeit zu solch einer Zwangsherrschaft Zuflucht nahm, wird u.a. darauf zurückgeführt, daß sich anders dessen - letztlich sehr eigener, um nicht zu sagen eklektizistischer - Kommunismus kaum durchsetzen ließ.

Vieles am aktuellen Geschehen in Indochina läßt sich nur aus der Geschichte heraus verstehen. Insofern Beijing in Indochina seine Einflußsphäre sieht und Vietnam an seinem "historischen Drang" nach Süden (Kambodscha) festhält, setzen die Staaten - ob China oder Vietnam - eine Politik fort, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts durch das Eindringen der Kolonialmacht Frankreich unterbrochen worden ist[9].

Für Vietnams historischen Drang nach Süden gab und gibt es handfeste Gründe. Als es sich im 17. und 18. Jahrhundert das fruchtbare Mekong-Delta eroberte, gewann es so viel Reisanbaugelände hinzu wie Mittel- und Nordvietnam zusammengenommen kaum auswies. Vietnams Bevölkerung wächst auch heute noch außerordentlich rasch. Das fruchtbare Kambodscha hat potentielle Reisanbauflächen, die jenen Gesamtvietnams gleichkommen, ist aber weit weniger dicht besiedelt. Nicht nur Kambodschaner argwöhnen, daß Vietnam ihr Land letztlich als Reisschüssel und künftigen Lebensraum sieht.

Grenzkonflikte zwischen Kambodscha und Vietnam gab es schon, als in Phnom Penh und Saigon noch Antikommunisten herrschten. Daran änderte sich auch nichts, als in beiden Hauptstädten Kommunisten an die Macht kamen. Vielmehr verschärfte sich ab 1975 die Grenzkonflikte. Das Pol-Pot-Regime war zu keiner Anpassung an den übermächtigen Nachbarn bereit. Es arbeitete vielmehr eng mit Beijing zusammen. Das jedoch war das letzte, was Hanoi - mit Beijing in eine existentielle Auseinandersetzung verwickelt - zuzugestehen bereit war. Das mindeste, was es erwartete, war eine ihm freundlich gesinnte Regierung in Phnom Penh - dies auch, um sicherheitspolitisch argumentiert - das angrenzende, beileibe noch nicht gänzlich gleichgeschaltete Südvietsnam besser in den Griff zu bekommen. Hanoi versteht sich in Indochina in gewisser Weise als Nachfolger der französischen Kolonialmacht. Um seine Interessen in Phnom Penh

durchzusetzen, hätte es, gegenüber einem Truppeneinsatz, eine sukzessive, weniger spektakuläre Machtausweitung à la Laos vorgezogen. Doch die Umstände erlaubten eine solche Politik nicht. Das Pol-Pot-Regime sperrte sich demonstrativ jedem Ansinnen, auf der Grundlage "besonderer Beziehungen" Verträge mit Hanoi abzuschließen. Mehrere vietnamesische Versuche, das Regime von innen heraus zu stürzen, scheiterten. Hanoi versicherte sich sowjetischer Rückendeckung und marschierte Ende 1978 in Kambodscha ein. Daß es damit im Westen auf anhaltenden Widerstand stieß, war - angesichts des massenmörderischen Charakters des Pol-Pot-Regimes - in Vietnam nicht erwartet worden.

Heute stehen rd. 200.000 vietnamesische Soldaten im Lande[10]. Hanoi setzte mit Heng Samrin eine ihm genehme Regierung ein. Außer von seiten des Ostblocks und einiger bündnisfreier Staaten, darunter Indien, blieb ihr jedoch bislang eine weitergehende internationale Anerkennung versagt. Ungeachtet seiner Schreckensherrschaft nimmt noch immer das Pol-Pot-Regime Kambodschas Sitz bei den Vereinten Nationen ein. Nach Versicherungen der meisten westlichen Regierungen ist ihr diesbezügliches Abstimmungsverhalten in den VN nicht als politisches Werturteil zu verstehen, sondern als Betonung eines völkerrechtlichen Prinzips, dem nach der sowjetischen Invasion Afghanistans besondere Bedeutung zukommt.

Das vertriebene Pol-Pot-Regime führt mittlerweile vom unzugänglichen kambodschanisch-thailändischen Grenzgebiet aus mit über 30.000 Mann einen Guerillakrieg gegen die neuen Herren Kambodschas. Seine Truppen können sich notfalls auf thailändisches Territorium zurückziehen und erhalten ausreichend chinesische Militärhilfe. Der augenblickliche militärische Stand ist, daß weder Vietnam über Pol Pot noch gar Pol Pot über Vietnam einen endgültigen Sieg davontragen kann. Der Kleinkrieg dauert an.

Er geht zu Lasten des kambodschanischen Volkes[11]. Eines Volkes, das in den letzten Jahren - seit 1970, seit dem Sturz Sihanouks - unsägliches zu erdulden hatte. Nach 1970 geriet es in die Wirren des Zweiten Indochinakrieges. Dann folgte das Schreckensregime Pol Pot, das Hunderttausenden, wenn nicht Millionen das Leben kostete. Der vietnamesische Einmarsch und eine Politik der verbrannten Erde des gestürzten Pol-Pot-Regimes lösten 1979/1980 neuerlich eine katastrophale Flüchtlings- und Hungersnot aus. Zeitweilig lagerten weit über eine halbe Million kambodschanischer Flüchtlinge diesseits und jenseits der Grenze zu Thailand. Nicht zuletzt dank umfangreicher Hilfen internationaler Organisationen konnte ihre Not etwas gemildert werden.

Diese Hilfe war jedoch von allem Anfang an umstritten. Soweit sie über den Landweg - über Thailand - nach Kambodscha gelangt, argwöhnt Hanoi, daß sie primär den Guerillatruppen Pol Pots zugute kommt. Soweit sie direkt nach Phnom Penh geliefert wird, bleiben berechtigte Zweifel, ob sie auch wirklich in vollem Umfang zu den Bedürftigen im Lande gelangt. Insbesondere auf amerikanisches Betreiben soll die internationale Hilfe für Kambodscha in absehbarer Zeit eingestellt werden - nicht zuletzt auch mit der Begründung, daß sie Vietnams Herrschaft über Kambodscha stabilisiert.

Kambodscha ist augenblicklich der Hauptkriegsschauplatz im vietnamesisch-chinesischen Konflikt um die Vorherrschaft in Indochina. Ebenso wie sich - aus vietnamesischer Perspektive - das chinesische Engagement für

Pol Pot als ein Zangenangriff ausnimmt, sieht Beijing in der verstärkten vietnamesisch-sowjetischen Zusammenarbeit eine Einkreisung. Es ist ein Teufelskreis von Drohung und "Sich-bedroht-fühlen", in den sich hier die beiden kommunistischen Nachbarstaaten verstrickt haben. Die Auseinandersetzung geht dabei vor allem zu Lasten Kambodschas. Solange Hanoi noch hoffen konnte, Kambodscha auf friedlichem Weg zu gewinnen, nahm es keinen Anstoß an dem Schreckensregime Pol Pot. Es betonte vielmehr die brüderliche sozialistische Verbundenheit. Gleiches gilt für Beijing. Pol Pot war und ist für Beijing eine Waffe gegen Hanoi - mag ihm auch noch so viel anzulasten sein. Beijing nahm es nach 1975 sogar wortlos hin, daß Pol Pot Hunderttausende von Auslandschinesen vertreiben bzw. massakrieren ließ.

Hanoi vermag sich in der Auseinandersetzung mit Beijing nur mit sowjetischer Rückendeckung zu behaupten. Insofern liegt der vietnamesisch-sowjetischen Zusammenarbeit eine gewisse Zwangsläufigkeit zugrunde[12]. Es braucht potente Hilfe. Moskau bot sich an. Mit umfangreicher Wirtschaft- und Militärhilfe. Das begann schon zu Anfang der siebziger Jahre. Beijing war noch in kulturevolutionäre Wirren verstrickt; Moskau jedoch bereit und in der Lage, jene qualifizierten Waffen zu liefern, mit denen die Nordvietnamesen 1975 Südvietnam so überraschend schnell zu überrennen vermochten.

Moskau war auch in den Jahren unmittelbar nach 1975 bereit, Vietnam erhebliche Wirtschafts- und Militärhilfe zu gewähren. Damals gab es in Hanoi auch Bemühungen, westliche Wirtschaftshilfe zu erhalten. Schweden, Frankreich und Japan haben größere Kredite gewährt. Der Hauptadressat all dieser Bemühungen - Washington - hielt sich jedoch zurück[13].

Weder vom Westen noch von China - das schon Ende 1975 seine nicht unerhebliche Wirtschaftshilfe einzuschränken begann und im Frühjahr 1978 völlig einstellte - im erhofften Ausmaß unterstützt, schloß sich Hanoi im Juni 1978 dem COMECON an. Im November 1978 unterzeichnete es mit Moskau auch einen auf 20 Jahre befristeten Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Er sieht im Konfliktfall wohl Konsultationen vor, enthält jedoch keine automatische Beistandsverpflichtung. Indem Moskau dergestalt Hanois Hegemoniebestreben über Indochina den Rücken stärkte, verschärfte es den vietnamesisch-chinesischen Gegensatz.

Die Vorteile einer solchen Politik für Moskau sind offenkundig. Es schafft im Süden eine zweite Front gegen Beijing. Vietnam ist - das hat es in der Vergangenheit wiederholt bewiesen - eine potente Militärmacht, weitaus potenter als beispielsweise Kuba. Moskau hat durch sein Engagement in Indochina erstmals in Südostasien politisch-strategisch Fuß fassen können. In Laos und Kambodscha - u.a. durch die Nutzung des Hafens Kompong-Som -, vor allem aber - wiewohl diese Stützpunkte bereits heute in Reichweite chinesischer Mittelstreckenraketen liegen - durch die Nutzung der vietnamesischen Marine- und Luftwaffenbasen von Cam Ranh Bay und Da Nang. Auf dem Wege von Wladiwostok bis vor den Persischen Golf ist Cam Ranh Bay die wichtigste Zwischenstation für die sowjetische Pazifikflotte. Vom vietnamesischen Da Nang aus kann Moskau erstmals in dieser Region Aufklärungsflüge starten.

Die sowjetische Südostasien-Politik hat drei Ziele: Sie ist Teil der globalen strategischen Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten, unter anderem deutlich in der maritimen Aufrüstung Moskaus. Sie richtet sich gegen den wachsenden wirtschaftspolitischen Einfluß Japans in der Region; sie ist vor allem aber Funktion des chinesisch-sowjetischen Konflikts. Moskau steht jedoch in dieser Vier-MächteKonstellation isoliert da. Erst der sich verschärfende vietnamesisch-chinesische Konflikt gab Moskau Gelegenheit, in der Region - genauer gesagt in Indochina - größeren Einfluß zu gewinnen. Gewinner im vietnamesisch-chinesischen Konflikt sind die Russen.

Doch ohne Probleme ist auch ihre Indochinapolitik nicht - einmal abgesehen davon, daß die Vietnamesen auf Unabhängigkeit bedachte Partner sind, daß sie Vorbehalte gegenüber einer eigenen sowjetischen Politik in Laos und Kambodscha haben. Der Kapitalbedarf des kriegszerstörten Entwicklungslandes Vietnam ist schier unerschöpflich. In der Vergangenheit hatte Nordvietnam erhebliche chinesische Entwicklungshilfe erhalten. Süd-vietnam war von den USA ausgehalten worden. Die Sowjetunion - von Angola über Äthiopien und Afghanistan ohnehin schon weltweit engagiert - ist überfordert, diese Hilfe auch nur annäherungsweise ersetzen zu können. Nach westlichen Schätzungen kostet die Russen das Vietnam-Engagement bereits heute zwischen 3 und 6 Millionen Dollar täglich. Durch den Beitritt Vietnams zum COMECON vermag Moskau einiges der Kosten auf seine Verbündeten umzulegen. Aber an der Kostenfrage allein wird das sowjetische Indochina-Engagement ohnehin nicht scheitern. Das ist für eine Großmacht, die weltweit ein Mitspracherecht in der internationalen Politik beansprucht, kein Argument. Etwas anderes ist, daß das ferne Südostasien bislang - im Unterschied zum Anrainerstaat Afghanistan - nicht als primäres sowjetisches Interessengebiet galt. Die Sowjetunion sieht sich dort dem Widerstand einer Tripelallianz der Großmächte (USA, China und Japan) gegenüber[14]. Es provoziert mit seinem Engagement einen verstärkten Einsatz der US-Marine in Südostasien. Auch die nicht-kommunistischen Staaten der Region - Indonesien, Singapur, Malaysia, Thailand und die Philippinen, zusammengeschlossen in der Staatengruppe ASEAN - verfolgen die sowjetisch-vietnamesische Zusammenarbeit mit deutlichen Vorbehalten.

Hanoi ist mit dieser Zusammenarbeit in ein schier auswegloses Dilemma geraten[15]. Ohne russische Waffen und russisches Öl kann es den Guerillakrieg in Kambodscha kaum durchstehen. Aber insbesondere das sowjetische Engagement in Indochina bringt die Chinesen so sehr gegen Vietnam auf. Ohne dieses sowjetische Engagement vermöchten sich aber andererseits die Vietnamesen nicht gegen Beijing zu behaupten. Bei alledem droht China für Hanoi auf Dauer ein unbequemerer Gegner zu werden als Frankreich und die USA. China ist Vietnams Nachbar.

Vorwände und Anlässe, die beiderseitigen Beziehungen zu belasten, finden sich bei zwei - durch Geschichte und Geographie so eng verbundenen - Staaten allemal. China und Vietnam haben - zu Wasser und zu Land - mehrere tausend Kilometer gemeinsame Grenze. Insbesondere die Seegrenzen sind seit Jahren heftig umstritten (Paracel-Gruppe, Spratleys). China beansprucht - von gewissen Randzonen abgesehen - fast das ganze Vietnam vorgelagerte, Südchinesische Meer. Dort wird Erdöl vermutet, von dort läßt sich aber gegebenenfalls auch die internationale Schifffahrt

kontrollieren. Hier lassen sich leicht Konflikte anzetteln. Die chinesische Marine ist weit stärker als die minimale vietnamesische Küstenwache.

Schon in den Sog der vietnamesisch-chinesischen Auseinandersetzung ist die auslandschinesische Minderheit in Vietnam geraten[16]. Das sind weit über eine Million Menschen. Sie hatten - nicht immer mit viel Skrupel - weite Bereiche der südvietnamesischen Wirtschaft beherrscht. Sie insbesondere waren es, die 1978 von den Verstaatlichungskampagnen in Süd-vietnam betroffen wurden. Heute gelten sie in Vietnam als mittelständische Klassenfeinde und "Trojanisches Pferd" Beijings. Hanoi hat ihre Massenfucht von 1979 wenn nicht betrieben, so doch zumindest nicht ungerne gesehen. China nahm rd. 200.000 auf, mehr noch sind als sog. "boat people" über das Meer in die benachbarten Staaten Südostasiens geflohen. Auch heute noch fliehen monatlich Tausende aus Vietnam, heute jedoch sind es vorwiegend Vietnamesen, auf der Flucht nicht zuletzt vor den tristen Lebensumständen in ihrem Lande.

Die Wirtschaftslage in Vietnam ist außerordentlich schlecht[17]. Die Planziffern des letzten Fünf-Jahres-Plans (1976-80) mußten allenthalben gesenkt werden. Danach waren für 1980 u.a. 21 Mio.t Nahrungsgetreide angesetzt; geerntet wurden nur 14 Mio.t. Die allgemeine Ernährungslage ist kaum ausreichend, in vielem ist sie gar schlechter als während des II. Indochinakrieges. Das Land hungert, es zählt zu den ärmsten Staaten der Dritten Welt.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Vietnam war 1975 ein kriegszerstörtes Land. Mit Millionen Toten, Verwundeten und Kriegsversehrten. Einer vielfach verwüsteten Landwirtschaft und weitgehend zerstörter Industrie. 30 Jahre Krieg hatten die Gesellschaft des Landes einem tiefgreifenden Wandel unterworfen. Auf zehn Millionen wird allein die Zahl jener geschätzt, die in dieser Zeit vom Land in die Stadt flüchteten.

Das Vietnam des Jahres 1980 ist mit Indonesien und Indien im Jahre 1950 - kurz nach der Unabhängigkeit dieser beiden Staaten - verglichen worden[18]. Danach hat Vietnam - einmal abgesehen von den systemimmanenten Eigenheiten seines politischen Systems - bislang nicht grundlegend schlechter gewirtschaftet. Eine andere Frage ist, ob eine Gesellschaft - d.h. die südvietnamesische -, die bis 1975 in einem gänzlich anderen Bedingungs- und Systemumfeld lebte, das Niveau von 1950 annimmt.

Es gibt aber auch noch eine gänzlich andere Sicht der bisherigen Entwicklung in Vietnam. Danach war Südvietnam 1975 ein Land mit vergleichsweise gut ausgebauter Infrastruktur (Straßen, Elektrizitätsversorgung etc.). Danach war Südvietnam auch eine Gesellschaft mit einem vergleichsweise hohen Anteil an administrativer und technischer Intelligenz, die, bei aller Skepsis, zur Kooperation mit den neuen Herren bereit schien. Die Wirtschaften Nord- und Südvietnams ergänzten sich in vielem. Doch vieles von jenen Voraussetzungen, von jenem "Good-will" hat Hanoi mittlerweile verspielt. Aufgrund - so die Sicht - einer verfehlten Wirtschaftspolitik in Südvietnam. Einer überstürzten Kollektivierung. Unfähiger und korrupter Kader. Zahlreicher Umerziehungslager und allgegenwärtiger Bespitzelungen. Die Nordvietnamesen mochten gute Soldaten sein, mit dem Frieden kamen sie nicht recht zu Rande. Der Euphorie von 1975 ist eine allenthalben im Lande - auch in Hanoi - spürbare Lethargie gefolgt[19].

Auch auf internationalem Parkett ist Vietnam in eine weitgehende Isolierung geraten. 1975 war weltweit einige Bereitschaft vorhanden, dem geschundenen Lande beim Wiederaufbau zu helfen. Mit der Flucht der Auslandschinesen - Stichwort "boat people" - und der Kambodscha-Invasion hat Hanoi jedoch viel internationale Sympathie verloren. Westliche Hilfen - Ausnahme Schweden - versiegten weitgehend. Dabei hat heute Hanoi mehr denn je einen gewaltigen Militärapparat zu unterhalten. Er verschlingt rund die Hälfte des Staatsbudgets. Da bleibt für die Bevölkerung nicht mehr allzuviel übrig.

Hanoi hat aus dieser krisenhaften Entwicklung schon 1979 Konsequenzen zu ziehen versucht[20]. Mit einer Wirtschaftspolitik - abgesichert durch eine Regierungsumbildung im Februar 1980 -, die der Privatinitiative wieder größere Freiräume einräumen soll. Mit einer Wirtschaftspolitik, die weitgehend jener gleicht, mit der auch die Verantwortlichen in Beijing ihre Wirtschaft aus den Schwierigkeiten führen wollen. Für Vietnam sind Wirtschaftserfolge um so dringlicher, als die Sowjetunion die vielen Lieferwünsche auf Dauer wohl nicht erfüllen kann noch will. Die Russen liefern nicht nur Waffen und Öl, sondern auch Getreide.

Aus alledem zu folgern, daß Hanoi oder auch Beijing aus wirtschaftspolitischen Gründen in ihrem Ringen um die Vorherrschaft in Indochina zu Kompromissen bereit wären, erscheint zumindest für die voraussehbare Zukunft als verfrüht. Zumindest Beijing gründet auf diesen Gegebenheiten vielmehr eine eigene Strategie. Es verfolgt gegenüber Hanoi eine Zermürbungsstrategie. Seine zeitlich befristete Strafexpedition gegen Vietnam - im Februar 1979 - war - rein militärisch gesehen - kaum ein Erfolg. Nicht nur deswegen, weil sie Hanoi nicht zum Rückzug aus Kambodscha zu bewegen vermochte. 300.000 Mann setzte Beijing seinerzeit gegen 150.000 Vietnamesen in Marsch. 30.000 Chinesen verloren ihr Leben. Die Vietnamesen erwiesen sich als die erwarteten hartnäckigen Gegner. Wie verbissen gekämpft wurde, zeigt die Tatsache, daß auf beiden Seiten kaum Gefangene gemacht wurden.

Für Beijing legt sich aus alledem die Folgerung nahe, mehr denn je andere für sich kämpfen zu lassen[21]. Es führt heute einen Mehrfrontenkrieg gegen Vietnam. Durch den Aufmarsch von mindestens 250.000 Mann bindet es eine gleiche Zahl von vietnamesischen Soldaten an der Nordgrenze. An dieser Grenze kommt es laufend zu kleineren bewaffneten Auseinandersetzungen. Versuche - vor allem von vietnamesischer Seite -, diese Grenzstreitigkeiten auf dem Verhandlungswege zu lösen, sind bislang gescheitert. Solange Hanoi nicht bereit ist, seine Truppen aus Kambodscha abzuziehen, wird sich daran kaum etwas ändern. Beijing setzt die Unterstützung der Guerillatruppen Pol Pots fort. Es fördert antivietnamesischen Widerstand in Laos und sucht Kontakt zu Oppositionsgruppen in Vietnam - insbesondere zu den verschiedenen Minderheiten im Lande, rd. 6 Millionen Menschen. Vor allem auch ist Beijing - nicht ohne Erfolg - darum bemüht, den Westen, insbesondere die USA und Japan, aber auch die asiatischen Nachbarstaaten auf eine antivietnamesische Politik festzulegen.

Die Vereinigten Staaten sind nicht nur eine atlantische, sondern auch eine pazifische Macht. Sie haben jedoch aus dem Indochina-Debakel von 1975 Konsequenzen gezogen. Washington hat seine strategische Präsenz auf Inseln zurückgenommen. Sie reicht von Japan und Südkorea über die

Philippinen, Singapur und Indonesien nach Australien und Neuseeland - zusätzlich abgesichert durch den Bau von Militärbasen im Pazifik (Guam) und im Indischen Ozean (Diego Garcia).

Den Inselstaaten Südostasiens kommt - im Schnittpunkt von Pazifik und Indik, Festlandasien und Australien gelegen - erhebliche geostrategische Bedeutung zu; nicht nur als Welthandelsweg, sondern auch als Route der atomar gerüsteten 7. US-Flotte, dem stärksten Flottenverband der Welt. Auf den Philippinen unterhalten die Amerikaner den Marinestützpunkt Subic Bay und den Luftwaffenstützpunkt Clark. Singapur ist der US-Marine Zwischenstation auf dem Weg nach Diego Garcia; dort landen auch amerikanische Aufklärungsflugzeuge vom Typ Orion P-3 zwischen Washingtons von Mikronesien bis Ostafrika (Berbera und Mobasa) reichende, weitgehend inselbasierte Strategie sichert seiner Flotte sowohl im Pazifik als auch im Indischen Ozean eine Führungsrolle.

In den Jahren unmittelbar nach 1975 läßt sich die amerikanische Politik gegenüber Südostasien am besten mit der Bezeichnung "benign neglect" umschreiben[22]. Die Region - insbesondere Indochina - war für Washington nur noch von nachgeordneter Bedeutung. Anfängliche Bestrebungen innerhalb der Carter-Administration, mit Hanoi zu einer Normalisierung in den Beziehungen zu gelangen, scheiterten. U.a. wegen Widerständen im Kongreß, aber auch aufgrund vietnamesischer Intransigenz bei der Suche nach vermissten amerikanischen Soldaten. Als sich Hanoi in seiner Verhandlungsführung flexibler zeigte (1977/78) - auch in der lange umstrittenen Frage amerikanischer Wirtschaftshilfe -, war für einen bilateralen Ausgleich der günstigste Zeitpunkt verpaßt. Das weltpolitische Umfeld hatte sich grundlegend gewandelt[23].

Das Jahr 1978 bedeutete eine - nicht allseits realisierte - Zäsur in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Davor lag u.a. - nach Angola - neuerlich - diesmal in Äthiopien - eine militärisch erfolgreiche sowjetisch-kubanische Intervention in Afrika. Im Mai 1978 reiste u.a. Sicherheitsberater Z. Brezinski nach Beijing. Die Carter-Administration begann die "chinesische Karte" zu spielen. Heute hat sich Washington weitgehend auf die chinesische Indochinapolitik festgelegt. Fixiert auf die Auseinandersetzung mit Moskau ist Beijing für Washington im Vergleich zu Hanoi der weitaus gewichtigere Partner. Daß es in den Anfangsjahren der Carter-Administration nicht zu einem amerikanisch-vietnamesischen Ausgleich gekommen ist, wird heute verschiedentlich - auch in Canberra und Wellington - bedauert. In dem Sinne, daß es weder Washington noch vor allen Dingen Hanoi größere Optionsmöglichkeiten in ihrer Politik gegenüber Moskau und Beijing offenläßt.

Die USA sind entschlossen, ihre Stellung als führende Seemacht weltweit zu behaupten. Das macht allein schon das ehrgeizige Flottenbauprogramm der Reagan-Administration deutlich. Das wird nicht überall so sichtbar wie gegenwärtig im nordwestlichen Indik (Persischer Golf), wo die USA erhebliche Flottenverbände zusammengezogen haben. Aber auch in Südostasien wird Washington zumindest mittelfristig seine militärische Präsenz aufstocken - wenn auch nicht mehr in dem einstigen Ausmaß[24]. Es stößt damit weder bei den Regierungen der ASEAN-Staaten noch in Beijing auf grundsätzliche Vorbehalte. Auch hat Washington in der Region gewichtige Wirtschaftsinteressen - Sicherung der internationalen Schifffahrtswege, Rohstoffe, Investitionen - zu wahren.

Eckpfeiler amerikanischer Pazifik-Politik ist jedoch Japan. Für Tokio seinerseits steht das Bündnis mit Washington im Mittelpunkt aller Außenpolitik. Es ist für Japan sowohl in wirtschaftlicher als auch in sicherheitspolitischer Sicht von grundlegender Bedeutung. Primär richtet sich die japanisch-amerikanische Zusammenarbeit gegen wachsenden sowjetischen Einfluß im asiatisch-pazifischen Raum. Damit liegt sie auch im chinesischen Interesse.

Ohne Probleme sind jedoch auch die japanisch-amerikanischen Beziehungen nicht. Sie liegen zum einen in den unausgeglichenen Wirtschaftsbeziehungen, zum anderen in den - nach amerikanischem Dafürhalten - zu geringen japanischen Verteidigungsanstrengungen [25]. Erwartungen Washingtons, daß ein verstärktes japanisches Flottenbauprogramm die Verlegung von Einheiten der US-Westpazifikflotte in den Nordwest-Indik erlauben, erfüllen sich jedoch - aller Voraussicht nach - zumindest kurzfristig nicht. Zu groß sind - zumindest noch in den 80er Jahren - die Vorbehalte in der japanischen Öffentlichkeit gegenüber einer Aufrüstungspolitik größeren Ausmaßes.

Auf Vorbehalte stößt eine solche Aufrüstungspolitik auch bei den nicht-kommunistischen Staaten Südostasiens, trotz - z.T. gerade wegen - der überragenden wirtschaftspolitischen Bedeutung Japans für die Region. Japans Einfluß als Kreditgeber, Investor und Handelspartner ist in allen ASEAN-Staaten allgegenwärtig. Nicht von ungefähr findet sich gerade in Japan immer wieder die Meinung, daß sich Vietnam aufgrund seiner wirtschaftlichen Misere über kurz oder lang um westliche Wirtschaftshilfe bemühen müsse [26]. Tokios besonderes Interesse an politischer Stabilität in Südostasien hat mehrere Gründe. Es beschränkt sich nicht nur auf geostrategische Überlegungen (ungehinderte Ölzufuhr aus der Golfregion); die Region bietet dem rohstoffarmen und exportorientierten Land wichtige Rohstoffquellen und Absatzmärkte.

Den Möglichkeiten der ASEAN-Staaten, die Politik der Großmächte (China, Sowjetunion, USA, Japan) in der Region zu beeinflussen, sind enge Grenzen gesetzt. Hoffnungen - in den 70er Jahren vornehmlich von Malaysia vorgebracht -, Südostasien in eine Region frei von Großmächteinflüssen umzuwandeln, erfüllten sich nicht. Einig sind sich die ASEAN-Staaten bislang in ihrer Kritik am vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha. Diese Einigkeit - zuletzt auf der UNO-Konferenz über Kambodscha in New York demonstriert - kann jedoch nicht über die unterschiedliche Interessenlage innerhalb dieser Staatengruppe hinwegtäuschen. Setzt sich Vietnam auf Dauer in Kambodscha fest, fühlt sich insbesondere Thailand unmittelbar bedroht. Unterliegt Vietnam in seiner Auseinandersetzung mit China, befürchten insbesondere Indonesien und Malaysia übermächtigen chinesischen Einfluß auf Südostasien.

Jahrhundertlang waren Laos und Kambodscha für Thailand Pufferstaaten gegenüber Vietnam. Damit ist es heute vorbei. Vietnamesische Truppen stehen unmittelbar an seiner Grenze. Bangkok befürchtet, daß sie eines Tages auf seine angrenzende Nordost-Region - dem Armenhaus Thailands - vorstoßen könnten. Wer weiß, wo Vietnams extensives Sicherheitsbedürfnis letztlich seine Erfüllung findet? Es ist vor allem die thailändisch-chinesische Zusammenarbeit, die bislang die Guerillatruppen Pol Pots überleben ließ. Sie sind der einzige ernsthafte bewaffnete Widerstand gegen die Vietnamesen.

Anders stellt sich aus indonesischer Sicht das vietnamesisch-chinesische Ringen um die Vormacht in Indochina dar. Aus der Perspektive Jakartas nimmt Vietnam eine gewisse Riegelfunktion gegenüber chinesischen Hegemonievorstellungen in der Region ein. Die indonesisch-malaysischen Vorbehalte gegenüber Beijing - deutlich geworden u.a. während des jüngsten Besuches des chinesischen Ministerpräsidenten in Kuala Lumpur - sind sowohl innen- (chinesische Minderheiten) als auch außenpolitisch begründet. Allein die chinesischen Ansprüche im Südchinesischen Meer reichen bis unmittelbar an die Küsten Indonesiens und Malaysias heran. Hier werden Meinungsunterschiede zwischen China und der ASEAN-Gruppe deutlich. Letztere stehen einem Verhandlungskomproß in der Kambodschafrage mit Hanoi nicht abgeneigt gegenüber. Sie wollen Vietnam als Regionalmacht erhalten wissen. China setzt jedoch unbeirrt seine Zermürbungsstrategie fort.

Kurzfristig ist jedoch ohnehin keine Entscheidung im vietnamesisch-chinesischen Konflikt zu erwarten. Zu tief ist das gegenseitige Mißtrauen, als daß Hanoi und Beijing gegenwärtig schon zu einem Interessenausgleich bereit wären. Daß ASEAN dabei eine Vermittlerfunktion übernehmen kann, ist bislang nur eine Hoffnung. Überlegungen über Koalitionsregierungen in einem künftigen freien Kambodscha - mit oder ohne Heng Samrin, Pol Pot, N. Sihanouk und Son Sann - greifen den Entwicklungen weit voraus.

Weder hat Hanoi bislang zu erkennen gegeben, wo es gegebenenfalls zu Kompromissen bereit ist - ob es zu einer Lockerung in der Zusammenarbeit mit Moskau bereit ist, wenn ihm eine gewisse Oberaufsicht über Kambodscha verbleibt - noch ist Beijings Haltung klar. Zweifel sind angebracht, ob Beijing derzeit überhaupt an einem Ausgleich mit Vietnam interessiert ist. Ob es nicht zuvörderst - unter welchen Kosten, in welchen Zeiträumen auch immer - Vietnam zu verdeutlichen sucht, wer der Stärkere in der Region ist. Washington - festgelegt auf die Auseinandersetzung mit Moskau - ist an einem guten Einvernehmen mit Beijing interessiert; es hat sich dessen Politik, Vietnam weltweit in Quarantäne zu stellen, angeschlossen. Damit verbleibt Vietnam nur die Zusammenarbeit mit Moskau. Damit verbleiben bis auf weiteres aber auch die vietnamesischen Truppen in Kambodscha. Truppen, die - und das macht die besondere Tragik dieses Landes aus - wiewohl vom Erbfeind, den meisten Kambodschanern im Vergleich zu einer Wiederkehr des Schreckensregimes Pol Pot noch immer als das kleinere Übel erscheinen. Bis wahrer Friede in Indochina einkehrt, wird noch viel Wasser den Mekong hinabfließen.

Anmerkungen

- 1 Zit. nach D. Heinzig, "Die Interessenlage der UdSSR in Indochina", in: W. Draguhn/P. Schier (Hrsg.), "Indochina: der permanente Konflikt?", Institut für Asienkunde, Hamburg, 1981, S. 171.
- 2 Im einzelnen: M. Leifer, "Conflict and Regional Order in Southeast Asia", Adelphi Papers, Nr. 162, London, 1980.
- 3 Vgl.: Lê Thành Khôi, "3000 Jahre Vietnam", München, 1969.
- 4 Vgl. der Verf.: "Die Großmächte und ASEAN", in: W. Draguhn (Hrsg.), "Politik und Wirtschaft in Südostasien", Institut für Asienkunde, Hamburg, 1977, S. 10.

- 5 Vgl. auch: I.L.S. Girling, "Lao People's Democratic Republic - An Analysis of International Development and Foreign Policy Direction", in: Khien Theeravit/MacAlister Brown (Hrsg.), "Indochina and Problems of Security and Stability in Southeast Asia", Bangkok, 1981, S. 72-80; Nguyen Thanh Hung, "Zur Entwicklung der vietnamesisch-laotischen Beziehungen", in: W. Draguhn/P. Schier (Hrsg.), "Indochina: der permanente Konflikt?", Institut für Asienkunde, Hamburg, 1981, S. 138-156.
- 6 Im einzelnen: Joseph I. Zasloff, "Kampuchea: A Question of Survival", American Universities Field Staff, 1980/Nr. 46 Asia, Sept. 1980, Part I/II.
- 7 Vgl. P. Schier, "Der Konflikt zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und dem Demokratischen Kampuchea und seine Ursachen", in: W. Draguhn/P. Schier (Hrsg.), "Indochina: der permanente Konflikt?", Institut für Asienkunde, Hamburg, 1981, S. 77-135.
- 8 Vgl. B. Dahm, "Die kommunistischen Bewegungen in Vietnam, Laos und Kambodscha", in: W. Draguhn/P. Schier (Hrsg.), "Indochina: der permanente Konflikt?", Institut für Asienkunde, Hamburg, 1981, S. 39-75.
- 9 R. Machetzki, "Politik der VR China gegenüber Indochina", in: W. Draguhn/P. Schier (Hrsg.), "Indochina: der permanente Konflikt?", Institut für Asienkunde, Hamburg, 1981, S. 157.
- 10 M. Leifer, "Kampuchea in 1980: The Politics of Attrition", "Asian Survey", Bd. 21/2, Febr. 1981, S. 93-101.
- 11 Im einzelnen: Stephen R. Heder, "Kampuchea: From Pol Pot to Pan Sovan to the Villages", in: Khien Theeravit/MacAlister Brown (Hrsg.), "Indochina and Problems of Security and Stability in Southeast Asia", Bangkok, 1981, S. 16-62.
- 12 Vgl. Les Busynski, "The Soviet Union and Southeast Asia since the Fall of Saigon", "Asian Survey", Bd. 21/5, Mai 1981, S. 536-550.
- 13 Vgl. der Verf., "Großmachtinteressen in Südostasien", "Europäische Wehrkunde", Bd. 29/7, Juli 1980, S. 321-326.
- 14 Vgl. auch: Sheldon W. Simon, "The Soviet Union and Southeast Asia: Interests, Goals, and Constraints", "Orbis", Frühjahr 1981, S. 53-88.
- 15 Vgl. D. Pike, "Vietnam in 1980: The Gathering Storm?", "Asian Survey", Bd. 21/1, Jan. 1981, S. 84-92.
- 16 Vgl. der Verf., "Massenflucht aus Vietnam", in: "Aus Politik und Zeitgeschichte", B 36/79, S. 26-30.
- 17 Vgl. O. Weggel, "Indochina im Berichtszeitraum", in: "China aktuell", Jan. 1980ff., Hamburg.
- 18 Huynh Kim Khanh, "Assessing Post-Colonial Vietnam", in: Khien Theeravit/MacAlister Brown (Hrsg.), "Indochina and Problems of Security and Stability in Southeast Asia", Bangkok, 1981, S. 1-6.
- 19 Vgl. B.K. Gordon, "Asian Wall Street Journal" v. 22.5.1980.

- 20 Nguyen Thanh Hung, "Politische und wirtschaftliche Veränderungen in Vietnam seit dem 6. ZK-Plenum der KPVN (Sept. 1979)", Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 4/1981.
- 21 Vgl. O. Weggel, "Möglichkeiten einer Lösung des Kambodscha-Konflikts", in: W. Draguhn/P. Schier (Hrsg.), "Indochina: der permanente Konflikt?", Institut für Asienkunde, Hamburg, 1981, S. 247-253.
- 22 Vgl. David W.P. Elliott, "Recent U.S. Policy Toward Indochina", in: Khien Theeravit/MacAlister Brown (Hrsg.), "Indochina and Problems of Security and Stability in Southeast Asia", Bangkok, 1981, S. 169-180.
- 23 Vgl. auch G. Porter, "The Great Power Triangle in Southeast Asia", "Current History", Bd. 79/461, Dez. 1980, S. 161ff.; vgl. auch der Verf., "Der Konflikt am Horn von Afrika", "Aus Politik und Zeitgeschichte", B 16/78, S. 3-16.
- 24 R.A. Scalapino, "Pacific Prospects", "Orbis", Frühjahr 1981, S. 3-16.
- 25 F. Greene, "The United States and Asia in 1980", "Asian Survey", Bd. 21/1, Jan. 1981, S. 1-13.
- 26 Vgl. Shin'ichi Ichimura, "Japan and Southeast Asia", "Asian Survey", Bd. 20/7, Juli 1980, S. 754-762.